

Wirtschaft und Politik

## Amerikanisch-russische Annäherung

### Washington ringt mit Verzicht auf US-Raketenschirm in Osteuropa auch Moskau Zugeständnisse ab - Osteuropäische Staaten beobachten neuen Schmusekurs mit Besorgnis

ANDREAS RINKE | BERLIN Die Entscheidung von US-Präsident Barack Obama, kein amerikanisches Raketenschild in Osteuropa aufzubauen, löst eine umfassende Annäherung zwischen den USA und Russland aus. Diese Woche wird Obama seinen russischen Kollegen Dmitrij Medwedjew in New York am Rande der Uno-Generalversammlung treffen. Änderungen werden etwa bei den Themen Iran, WTO, Afghanistan und Abrüstung erwartet. Die russische Regierung bestätigte am Wochenende, dass sie auf die Stationierung sogenannter Iskander-Raketen in der russischen Exklave Kaliningrad verzichten wird.

Offiziell dementieren zwar sowohl Moskau als auch Washington einen großen Tauschhandel. Aber Medwedjew betonte in einem Interview mit Schweizer Medien: "Wenn unsere Partner einige unserer Sorgen erhören, sind wir natürlich aufmerksamer für die ihrigen." Obama hatte am Donnerstag das Projekt seines Vorgängers George Bush gestoppt, in Tschechien eine Radarstation und in Polen Abwehrraketen zu stationieren. Offizielle Begründung war der Schutz vor iranischen Langstreckenraketen. Als Ergänzung zu den bereits existierenden Bestandteilen eines weltweiten US-Raketen-Abwehrschirms sollen nun mobile SM3-Raketen auf Schiffen im Mittelmeer stationiert werden.

Zwar hatte Russlands Premier Wladimir Putin zunächst nur zurückhaltend auf die Obama-Entscheidung reagiert. Aber Präsident Medwedjew vollzog in der Frage neuer Sanktionen im Streit um das iranische Atomprogramm eine bemerkenswerte Wandlung. Ausdrücklich betonte er, dass Sanktionen manchmal nötig und richtig sein könnten. Er widersprach dem russischen Außenminister, der zuvor eine Unterstützung von Sanktionen gegen Iran kategorisch ausgeschlossen hatte.

Rasche Bewegung wird auch bei dem seit Jahren verhandelten WTO-Beitritt Russlands erwartet, den die Bush-Administration verhindert hatte. Zum einen gibt sich die Obama-Regierung kompromissbereiter. Zum anderen drängt Medwedjew auf einen raschen Beitritt seines Landes und will sich dabei auch gegen den Widerstand Putins durchsetzen. Dieser hatte betont, zunächst eine Zollunion zwischen Weißrussland und Kasachstan gründen zu wollen, damit alle drei Staaten gleichzeitig der WTO beitreten könnten. Der Wirtschaftsberater des Präsidenten, Arkadi Dworkowisch, betont nun, dies sei kein Junktim. Der stellvertretende Premierminister Igor Schuwalow hat den Auftrag bekommen, diese Woche in Washington erneut über einen Beitritt zu beraten.

Erwartet wird auch eine flexiblere Haltung Moskaus bei der atomaren Abrüstung. Die US-Regierung möchte eine Neuregelung des sogenannten Start-Abkommens über strategische Atomwaffen vor dessen Auslaufen im Dezember erreichen.

Das politische Tauwetter-Klima erreichte auch die Nato, wo Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen für eine neue, konstruktive Zusammenarbeit mit Russland warb. Moskau seinerseits kündigte an, sich verstärkt um die Entwicklung in Afghanistan kümmern zu wollen. Deshalb solle Ende September ein gemeinsames Gremium mit der Nato gegründet werden. Die Nato-Präsenz in Afghanistan sei "im internationalen Interesse", betonte der russische Nato-Botschafter Dmitrij Rogosin.

Auswirkungen hat Obamas Entscheidung aber nicht nur im amerikanisch-russischen Verhältnis, sondern auch in Osteuropa. Dort war die Stationierung von US-Raketen als Schutz gegen eine mögliche russische Bedrohung gesehen worden. Polens Außenminister Radoslaw Sikorski sagte am Wochenende, nun sei deutlich geworden, dass die USA Polen nur als "regionalen", aber nicht als "strategischen" Verbündeten ansähen. US-Außenministerin Hillary Clinton versicherte im Gegenzug, die USA hielten aber an den Plänen fest, in Polen Luftabwehrraketen des Typs "Patriot" zu stationieren. Auch die versprochene Zusammenarbeit mit tschechischen Militärfirmen werde fortgesetzt.

Die US-Entscheidung wird die Debatte um die Sicherheit der östlichen Nato-Mitglieder dennoch verschärfen. Seit dem Georgien-Krieg im Sommer 2008 drängen vor allem die baltischen Staaten auf stärkeren Nato-Schutz. Die britische Regierung hatte vorgeschlagen, schnelle Eingreifverbände nicht nur für Einsätze außerhalb des Nato-Gebietes, sondern auch für den Schutz der Nato-Außengrenzen aufzustellen.

Bereits seit 2004 führt die Nato Kontrollflüge über den drei baltischen Staaten durch. Seit September und noch bis Ende des Jahres sind in Litauen dafür rund hundert Bundeswehrsoldaten stationiert - die erstmals "Eurofighter"-Kampfflugzeuge zur Luftraumüberwachung einsetzen. Der Verzicht auf das US-Raketenschild bedeutet aber auch im Baltikum Entspannung. Moskau deutete an, nun auf die geplante Stationierung von Kampfflugzeugen des Typs T-22 in Kaliningrad zu verzichten.

Rinke, Andreas